

Andreas Bühl

Ihr Landtagsabgeordneter
für den südlichen IIm-Kreis



CDU
FRAKTION THÜRINGEN

MEIN BERICHT AUS DEM THÜRINGER LANDTAG- AUSGABE NOVEMBER



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Unterstützer,

wir dürfen und wollen die Thüringerinnen und Thüringer mit dem derzeitigen Migrations-Problemen, die von der Landesregierung um Bodo Ramelow und Unterstützung der Ampel aus Berlin in unseren Städten und Gemeinden befeuert hat, nicht allein lassen.

Das hat sich heute in Erfurt bei der Debatte im Plenum erneut deutlich gezeigt. Auch wenn die Berliner Ampel endlich aufgewacht scheint, so finde ich persönlich, dass in den Ankündigungen aus der Hauptstadt noch viel zu viel Prosa steckt. Die Bürgerinnen und Bürger bewegt das Thema Migration, sie brauchen nicht nur Worte, sondern Taten. Deshalb fordern wir von der CDU, dass das **Flüchtlingsmanagement in Thüringen** von Bodo Ramelow endlich zur Chefsache gemacht wird, dass er jetzt handelt und Verantwortung übernimmt.

Es gilt, ein **Thüringer Rückführungszentrum** einzurichten, Abschiebungen konsequent durchzusetzen sowie den **Vorrang der Sach- vor den Geldleistungen** endlich zu realisieren. Zusätzliche Anreize für illegale Migration sind unbedingt zu vermeiden. Das Thema Migration braucht klare Worte und konsequente Taten auf Landes- und Bundesebene, das ist meine Überzeugung. Auf der anderen Seite muss die **Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften** endlich besser funktionieren. Beispiele von Ärzten und Apothekern, die zwei Jahre auf die Anerkennung durch das Landesverwaltungsamt warten müssen, zeigen wie viel in dieser Landesregierung zu ändern wäre.

Im zurückliegenden Plenum gab es aber auch Grund zur Freude: in vielen intensiven Sitzungen habe ich für die CDU die **Änderung des Vergabegesetzes** verhandeln dürfen und wir sind mit Rot-Rot-Grün zu einem Kompromiss gekommen, der den Beschluss des CDU-Gesetzes möglich gemacht hat. Dabei ist das Gesetz historisch, weil erstmals seit Jahren damit ein Gesetz tatsächlich deutlich um Bürokratie erleichtert wurde und Kontrollen sowie Formulare für Handwerker und Wirtschaft bei öffentlichen Aufträgen wegfallen werden.

Das Leben der Thüringerinnen und Thüringer wieder einfacher machen, diesem Ziel sind wir damit auch in der vergangenen Plenarsitzung ein Stück näher gekommen.

Ich wünsche Ihnen ein friedliches und entspanntes Wochenende,

Herzliche Grüße!

Ihr Andreas Bühl

Vergabe öffentlicher Aufträge im Ilm-Kreis wird einfacher - Bürokratie abgeschafft



Nach einer erfolgreichen Initiative des CDU-Landtagsabgeordneten Andreas Bühl hat der Thüringer Landtag am Freitag erstmals seit Jahren ein Gesetz verabschiedet, mit dem Bürokratie konsequent abgebaut wird. „Mit diesem Gesetz wird die Vergabe öffentlicher Aufträge im Ilm-Kreis endlich wieder einfacher. Es braucht nicht mehr für jeden kleineren

Auftrag gleich ein kompliziertes Vergabeverfahren, das unsere kleinen und mittelständischen Betriebe in der Region von vorneherein abschreckt. Das Gesetz kommt viel seltener zu Anwendung und deutlich mehr Aufträge können direkt vergeben werden“, streicht Bühl positiv heraus. „Gleichzeitig hat die überbordende Zettelwirtschaft ein Ende.

Aus vielen Formularen wird künftig eines, was bisher 16 Formularseiten füllte wird nun in wenigen Zeilen zusammengefasst und statt der Papierform wird vieles per E-Mail erledigt werden können. Unser Ziel war es, dass die Firmen, Städte und Gemeinden im Ilm-Kreis ihre Mitarbeiter nicht mehr für den Papierkrieg, sondern wieder produktiv einsetzen können“, so Bühl weiter. „Wir machen es Handwerkern, die sich um Aufträge der Kommunen oder des Landes bemühen, endlich wieder leichter.“

Schülerinnen und Schüler der Geschwister Scholl Schule Ilmenau zu Besuch im Landtag



In der letzten Sitzung des Thüringer Landtags waren 30 Schülerinnen und Schüler der Regelschule Geschwister Scholl aus Ilmenau zu Gast. Gemeinsam mit ihrer Lehrerin Frau Steinert folgten sie einem Vortrag sowie Führung durch den Landtag, und durften der Plenardebatte von der Besuchertribüne aus zuhören. Abschließend diskutierten die Schüler mit Landtagsabgeordneten Andreas Bühl (CDU) über aktuelle Themen der Politik. So ging es um das Vereinsleben, die Angebote für Jugendliche im Kinder- und

Jugendbeirat und die Situation des Lehrermangels an Schulen. Einige Schüler haben insbesondere die Notwendigkeit einer schnelleren Bahnverbindung nach Erfurt und die Schaffung eines Bahnhaltes an der ICE Strecke in Ilmenau-Wümbach angesprochen. Bühl, der die Schüler eingeladen hatte, sagte zum Besuch: „Mir haben die Schüler aus dem Herzen gesprochen, als sie den Bahnhof in Wümbach angesprochen haben. Gemeinsam mit Kreis und Stadt kämpfe ich seit Jahren für die Schaffung. Doch die rot-rot-grüne Landesregierung lehnt dessen Bau ab. Stattdessen müssen wir bald Züge nach Bayern an Ilmenau vorbeifahren sehen, die potenzielle Studenten lieber schnell nach Nürnberg statt nach Ilmenau bringen. Das ist fatal.“

Regelmäßig bietet Andreas Bühl die Möglichkeit den Thüringer Landtag zu besuchen, ins Gespräch zu kommen und die Abläufe des Parlaments kennenzulernen. Interessenten sind herzlich eingeladen sich dazu unter kontakt@andreasbuehl.de anzumelden.

CDU-Fraktion fordert entschlossenes Handeln in der Gesundheitspolitik



Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag fordert die Landesregierung zu sofortigem und entschlossenem Handeln in der Gesundheitspolitik auf. „Die Lage in der Gesundheitsversorgung ist angespannt. Rot-Rot-Grün muss hier endlich zupacken. Die Ramelow-Regierung hat durch ihr Nichthandeln eine komplette Wahlperiode verschwendet und mit dem Zögern in vielen Bereichen einen Schaden angerichtet, der den Freistaat noch über viele Jahre belasten wird“, sagt der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion, Christoph Zippel. Das zeige sich insbesondere in der Debatte um die Krankenhausreform von Bundesgesundheitsminister Lauterbach. Zippel: „Die Krankenhäuser stehen massiv unter Druck. Rot-Rot-Grün hat es bis heute verschlafen, den seit zwei Jahren überfälligen Landeskrankenhausplan vorzulegen, der den Kliniken Orientierung und Planungssicherheit geben soll.“ Wichtig sei deshalb die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Lauterbachs Reform abfedern und von der Schließung bedrohte Kliniken unterstützen will. Krankenhausplanung müsse Ländersache bleiben und dürfe nicht ferngesteuert aus Berlin bestimmt werden. „Wir wollen, dass jeder Krankenhausstandort in Thüringen als Ort der medizinischen Versorgung erhalten bleibt“, so Zippel.

Die CDU-Fraktion hat die Gesundheitspolitik in der vergangenen Landtagssitzung zum Thema einer Aktuellen Stunde gemacht. „Gesundheit ist für vier von fünf Thüringern das Top Thema, das ganze System steht aber vor einer Reihe wichtiger Fragen. Wir müssen den Gesundheitskollaps verhindern, Ausreden werden wir nicht mehr gelten lassen“, so der CDU-Politiker. Gesundheit gehöre ins Zentrum politischer Betrachtung. Zippel: „Wir haben als CDU in dieser Legislaturperiode mit der Landarztquote, der Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze an der Uni Jena oder dem Vorantreiben des Telenotarztes bereits wichtige inhaltliche Punkte durchgesetzt. Jetzt müssen wir am Ball bleiben.“ Ein Gesundheitsgipfel seiner Fraktion mit über 100 Experten habe gezeigt, dass die Probleme

beim Fachkräftemangel, der überbordenden Bürokratie oder die schleppende Anerkennung von Berufsabschlüssen wie ein Klotz am Bein des Gesundheitswesens hängen. Die CDU-Fraktion wolle unter anderen das 20-Minuten-Land. Jeder Thüringer solle in dieser Zeit einen Arzt, Krankenhaus oder die Apotheke erreichen können.

NEUIGKEITEN AUS DEM STADTRAT



Bericht über die Stadtratssitzung vom 12.10.2023:

Die letzte Stadtratssitzung war überschattet von den jüngsten Ereignissen in Israel. Alle Fraktionen äußerten ihre Bestürzung über diesen brutalen und menschenverachtenden Terrorangriff. Wir bekundeten unsere Solidarität mit allen Menschen in Israel und allen Jüdinnen und Juden. Der Ältestenrat der Stadt Ilmenau wird zum Angriff der terroristischen Hamas eine Erklärung abgeben, die im nächsten Stadtrat verlesen wird.

Ein weiteres Thema war der Bericht von Herrn Kattanek zum Stand des Wattbewerbs. Im Jahr 2022 hat der Ilmenauer Stadtrat entschieden, dass die Stadt sich am bundesweiten „Wattbewerb“ beteiligt. Ziel ist dabei die Förderung von Initiativen zur Energiewende und Energieunabhängigkeit durch den Ausbau von Photovoltaik. Wie die vorgestellte Auswertung belegt, gibt es hierbei erheblichen Verbesserungsbedarf.

Von mehreren Beschlüssen in dieser Stadtratssitzung möchte ich besonders zwei erwähnen:

Per Beschluss des Stadtrates wurde der Oberbürgermeister beauftragt, den Vertrag zur Gestaltung der verwaltungsübergreifenden Gemeinschaftsarbeit in der Region des UNESCO-Biosphärenreservates Thüringer Wald abzuschließen. Das zugrundeliegende Rahmenkonzept unterstützt in seiner Umsetzung den Prozess der nachhaltigen kommunalen Regionalentwicklung.

Besonders gefreut haben uns die Beschlüsse zum „Naturcamp Lenkgrund Frauenwald“. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Umsetzung dieses Projektes getan. Wir danken ausdrücklich dem Investor für seine Initiative und sein Durchhaltevermögen.

Thomas Fastner, Fraktionsvorsitzender